

Die „Arbeit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei seiner Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Postgebühren monatlich 3.— M., bei Zustellung unter Straßenschild 4.— M. Die „Arbeit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragene Zeitung.

Jahrespreis 36 M., halbjährlich 18 M., vierteljährlich 9 M., monatlich 3 M. 25 Pf. Auslandspostzuschlag 70 Pf. Bei Familien- u. Vereinstellungen 50% Rabatt bei Zahlung fort. Jahresrate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition anfragbar sein. Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9765

# STREIF

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Standrecht und Arbeitszwang.

## Der oberschlesische Krieg.

Am Montag wurden durch B. L. B. folgende Meldungen verbreitet:

**Kattowitz, 18. August.**  
Zur Streiflage in Oberschlesien ist zu melden: Der Streif ist weiter, hinzugekommen sind fünf Gruben des Rheinischer Reviers. Vom Streif unberührt ist nur noch der Kattowitzer Bezirk. Das Eintreten des Rheinischer Reviers in den Streif weist ein großes Schloßlicht auf die polnischen Putschisten, die mit der Streifbewegung Hand in Hand gehen.

Aus dem Deutschen Revier wird hierzu gemeldet: Am 2. Uhr feierten fast gleichzeitig die polnischen Putschisten in folgenden Orten ein: Bobrek, Hohenland, Spina, Dombrowska, Scharley, Wierskain und ganz besonders Kaci, Bedulla-Gütte. Die Ortschaften gingen an die Polen zum Teil verloren, wurden aber zum größten Teil, nachdem Verhandlungen herangebracht waren, wieder genommen. Auch Dombrowska war in den Vormittagsstunden noch in polnischer Hand, keine Entscheidung steht aber jede Stunde zu erwarten. Eine größere Angriffsaktion ist augenblicklich im Gange in der Richtung Schomburg, Jauernitz, Korf.

Aus dem Kattowitzer Bezirk wird gemeldet: Tichau ist in die Hände unserer Truppen gefallen. Die Linie bis zum Kanal südlich von Kattowitz, ebenso keine Verbindung in Richtung Korf und Korf-Verun. Eine Schildwache südlich von Kattowitz bei Jellin wurde überzogen. Nur der Wachposten entkam. Heber weitere Putschisten in der Nähe von Kattowitz liegen folgende Meldungen vor: In Jelenze sollen die Polizeistellen überzogen werden. Der Angriff wurde verhindert. In Kattowitz fanden spartakistische Zusammenkünfte statt. Das Revier wurde auch hier verhindert. Ernst ist die Lage in Kattowitz, wo eine Abteilung der Reichswehr stark bedroht ist. Man hofft, durch herangezogene Verstärkungen die Lage zu retten. Die Polizeiwache in Jelenze wurde von den Polen besetzt. In Kattowitz sind vier Schulheute verhaftet. Es kam zu Zusammenstößen. In Kattowitz stehen Zusammenstöße bevor. Truppenverstärkungen sind im Anmarsch.

**Kattowitz, 18. August.**  
Die Pressestelle des Staatskommissariats teilt mit: Im Laufe des Vormittags hat sich im oberschlesischen Aufstandsgebiet die Lage wesentlich gebessert. Das Militär ist vollkommen Herr der Lage, und es besteht begründete Hoffnung, daß im Laufe des Nachmittags noch sämtliche Insurrektionsherde gesäubert werden können. Soweit sich die Lage im Streif überblicken läßt, handelt es sich weniger um polnische Legionäre, d. h. reguläre polnische Truppen, als um polnische Banden. Die Verluste im Deutschen Revier betragen auf deutscher Seite 15 Tote und 30 bis 40 Verwundete.

Gerne werden mit entsprechenden Ueberschriften noch folgende Meldungen verbreitet:

In unabhängiger Stelle erfahren die B. L. B.: Die Verhandlungen in Oberschlesien dauern an. In Kattowitz, Kattowitz sowie in Kattowitz haben sich polnische Banden gebildet, zu deren Aushebung die militärische Aktion bereits im Gange ist. Daß hinter diesen gemeinsamen Putschisten als treibende Kraft die polnische Armee steht, geht schon aus der Tatsache hervor, daß reguläre polnische Streitkräfte die Grenzen überschritten und sich mit den Kattowitzer vereinigt haben. So sind bei Kattowitz hundert Mann regulärer polnischer Legionäre einwandfrei festgestellt worden. Die Streifbewegung in Kattowitz und Kattowitz Zusammenhang mit der polnischen Putschisten und Kattowitz Zusammenhang mit der polnischen Sache ist, die daraus abgibt, in Oberschlesien noch vor Inkrafttreten des Friedensvertrages vollendete Tatsachen zu schaffen und die Volksabstimmung illusorisch zu machen.

Der Vergewaltiger in Oberschlesien nimmt nach Kattowitz von unabhängiger Stelle einen bedrohlichen Verlauf. Die spartakistischen Elemente, welche den Streif in Kattowitz und weiter führen, sind in Verbindung getreten mit polnischen Truppen, um weitere Putschversuche mit größerem Erfolg durchzuführen zu können. Der Streif selbst hat weiter an Ausdehnung gewonnen. Verhältnisse für die allgemeine Lage kommt noch hinzu, daß die Kattowitz Kattowitz mit neuen Forderungen an die Regierung herangeht und bei Ablehnung der Forderung mit einer großen Aktion droht.

Die Kattowitz gingen verloren — wurden wieder ge-

nommen — eine größere Unternehmung ist im Gange — Tichau ist entsetzt — unsere Truppen gingen vor — bisher gehindert ist die Linie — ernst ist die Lage — Truppenverstärkungen sind im Anmarsch. Ist es nicht gerade, als wenn wir die Heeresberichte in korrekter Aufmachung noch einmal erleben, die wir viereinhalb Jahre lang genossen haben? Es fehlt nur noch, daß Herr Göring den endgültigen großen Sieg meldet und die vollkommene Verschmetterung des Feindes. Und das alles druckt die bürgerliche und rechtssozialistische Presse ohne ein Wort der Kritik ab, ihre Leser erröten nicht vor Scham darüber, daß ihnen zugestimmt wird, solche dreiste Säuwindeln zu genießen!

Man weiß überhaupt nicht, wo man bei den vorstehenden Meldungen in der Entwirrung des Lügenknäuels beginnen soll. Da heißt es an einer Stelle, daß reguläre polnische Legionäre „einwandfrei festgestellt“ worden seien, daß außerdem die polnische Armee als treibende Kraft hinter den Putschversuchen stehe. An einer andern Stelle aber wird gesagt, daß es sich nicht um polnische Legionäre, sondern um polnische Banden handele.

Das einzige Sichere in diesen Meldungen ist die Tatsache, daß der Streif nicht nur weitergeführt wird, sondern daß er sogar noch an Ausdehnung zugenommen hat. Damit ist festgestellt, daß die Gewaltthaten des Göring bisher gerade das Gegenteil dessen erreicht hat, was ihre Urheber von ihr erhofft hatten. Daß das Eintreten des Rheinischer Reviers in den Streif als Beweis für die polnische Putschisten hingestellt wird, zeigt nur, mit welcher Beschränktheit von den Vertretern der Regierung die Verhältnisse in Oberschlesien betrachtet werden.

Und die Regierung sieht diesen wahnwitzigen Treiben ruhig zu. Sie tut nichts, um die heranwachsende Katastrophe zu verhindern. Sie rührt keine Hand, um aus dem Vankrott der oberschlesischen Politik wenigstens noch einen Rest zu retten!

### Die Wahrheit über den Streif.

**Kattowitz, 18. August.**  
Die Offiziere der oberschlesischen Gruben, Örtchen und Zentralen haben heute eine Entschiedenheit angenommen, in der gegen die Behauptung, daß die kommunistischen Streifherboren hätten, Bewahrung eingelegt wird. Der Streif ist infolge der Richtersäule dringender Wünsche der Arbeiter ausgebrochen. Die Arbeiterklasse Oberschlesiens sei sehr gewillt, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, als bis ihre Forderungen berücksichtigt seien.

### Standrecht, Streifverbot und Arbeitszwang.

**Breslau, 18. August.**  
Vom Kommandierenden General des 6. Armee-Korps und des Staatskommissars für Schlesien und West-Polen wurde heute der verstärkte Belagerungsstand (Standrecht) für den Regierungsbezirk Luben mit Ausnahme der Kreise Leobschütz, Neutob, Reiche, Grottau und Falkenberg erklärt. Die Verordnung enthält das Verbot des Streifens, alle Streifenden und von der Arbeit durch Zwang strenggehaltenen Personen haben sich sofort auf ihre Arbeitsstelle zu begeben und die Arbeit umgehend aufzunehmen.

### Die verstümmelten Leichen sind wieder da!

**Wieliczka, 18. August.**  
B. L. B. meldet: Im Kreise Plesch wurden heute an einer einzigen Stelle 18 scheinlich zugelegte Leichen deutscher Soldaten einer überfallenen Feldwache gefunden. Meldungen über Greuelthaten der Kattowitzer laufen von allen Seiten ein. Die Bevölkerung bittet um Schutz, da sie Plünderungen auch der Grube fürchtet. Alle Vorkehrungen sind militärischerseits getroffen worden. (Siehe auch Seite 3.)

### Pressfreiheit.

In den unzulässigen Zeitungsverböten durch Kattowitz und seinen gegenrevolutionären Anhang ist ein neues gekommen. Unter Ausnutzung des Belagerungsstandes ist vom Oberkommando Kattowitz, Kattowitz, der Vertriebung der von Clara Zetkin herausgegebenen Zeitschrift „Die Kommunistin“ ohne Angabe des Grundes für Berlin verboten worden.

## Was war in Luzern?

Von Artur Crispian.

Die Fragen der Internationale wecken ein lebhaftes Interesse in der Partei. Wir eröffnen hiermit, nachdem wir jetzt den Abdruck der Berichte der Luzerner Konferenz zu Ende führen, die Diskussion über die dort erörterten Fragen.

Noch meiner Rückkehr aus Luzern habe ich mit großem Interesse in den Zeitungen der verschiedenen Parteien die Berichte und Artikel über die Konferenz in Luzern gelesen. Daß sich besonders auch unsere Parteipresse anlässlich der Luzerner Konferenz lebhaft mit der Frage der Internationale beschäftigt, ist freudig zu begrüßen. Diese Freude kann bei mir nicht dadurch beeinträchtigt werden, daß ich in unserer Presse auf Urteile über Luzern gestoßen bin, die jeder tatsächlichen Grundlage bar sind und die wohl nur infolge mangelhafter Informationen zustande kommen konnten. So fand ich in einem Artikel diesen Beschluß:

„Man glaubte diese Einheit des Proletariats in Luzern herzustellen, indem sich die deutschen Unabhängigen mit den deutschen Rechtssozialisten und ihren Gefinnungsbrüdern in Frankreich und England auf ein schwaches Programm einigten, das in der heutigen Situation nichts Positives bietet, und das deutlich den Stempel des Willens zur Zusammenarbeit um jeden Preis trägt.“

Daß gerade das Gegenteil richtig ist, geht aus dem inzwischen veröffentlichten ausführlichen Bericht in der „Freiheit“ hervor und soll durch folgende Darlegungen noch gründlicher bewiesen werden.

Die Luzerner Konferenz war von dem internationalen sozialistischen Sekretär einberufen worden, um den ersten Sozialistenkongress nach dem formalen Friedensvertrag vorzubereiten.

Wie in jedem Lande, so muß auch auf internationalem Gebiet nach dem Krieg und nach dem Beginn der Weltrevolution eine Klärung und grundsätzliche Orientierung über die Aufgaben und über die Taktik der sozialistischen Parteien erfolgen. In Deutschland konnte diese Klärung und Orientierung für unsere Partei erst im März auf unserem Revolutionsparteitag vorgenommen werden. Leider haben ungeduldige Spartakusgenossen unseren Parteitag nicht abgewartet, sondern schon vorher eine neue Partei gegründet, die eine Spaltung der radikalen Sozialisten in Deutschland bedeutete. Diese Spaltung ist dem Vortreiben der Revolution durch die sozialrevolutionären Kerntruppen nicht förderlich gewesen. Ich habe die Überzeugung, daß die Spaltung in dem Maße, wie das jetzt der Fall ist, noch unserem Revolutionsparteitag nicht möglich gewesen wäre. Müßen doch die Kommunisten mehr und mehr die Taktik der Unabhängigen als richtig anerkennen und mehr und mehr zu der ihrigen machen.

Auf internationalem Gebiet liegen die Dinge ähnlich. Auch hier konnten bolschewistische und kommunistische Stürmer und Dränger nicht die Klärung und Orientierung abwarten. Bevor es dazu kommen konnte, gründeten sie die Moskauer Internationale, die als dritte Internationale bezeichnet wird. Damit sind die Schwierigkeiten verstärkt worden, die überwunden werden müssen, um eine aktionsfähige sozialistische Internationale zu schaffen, die alle sozialrevolutionären Kräfte zusammenfaßt.

Es ist ein fundamentaler Irrtum, zu glauben, daß die Konflikte zwischen den sozialistischen Parteien sich national begrenzen lassen, daß die Parteien, die sich in den verschiedenen Ländern Kattowitz gegenüberstehen, in einer sozialistischen Internationale vereinigt werden können. Auch international müssen diese Konflikte rücksichtslos durchgekämpft werden. Eine Internationale, die eine rein äußerliche, eine rein organisatorische Einheit höher stellen würde als die innere Einigkeit für ein grundsätzliches Programm und für eine grundsätzliche Taktik, wäre ein folgloreses Kind. Eine Internationale, die ihren Hauptzweck darin erblickt, zu reinen Demonstrationen unklare und all-gemein gehaltene Beschlüsse zustande zu bringen, die alles und nichts sagen, die jeder auslegen kann wie er mag, ist keine Internationale. Die Weltrevolution steht auf der Tagesordnung. Darum brauchen wir eine kampffähige Internationale mit einer festen internationalen proletarischen Front. Diese Internationale müssen wir bilden, eine der wichtigsten Aufgaben auch der Unabhängigen deut-

ken Sozialdemokratie! Die Lösung dieser Aufgabe ist bereits praktisch in Angriff genommen.

Doch wir mit allen Kräften dazu beitragen müssen, auch auf internationalem Gebiet zur Klarheit und zum Handeln zu gelangen, darüber dürfen wir uns alle einig sein. Dann dürfen wir aber auch keine Gelegenheit dazu vorbegehen lassen. Und in Luzern war eine solche Gelegenheit. Zwar hatte die Luzerner Konferenz nur vorbereitenden Charakter, auch konnte sie nicht bindende Beschlüsse fassen, doch war sie trotzdem eine gute Gelegenheit, die revolutionsverträterische Politik der Rechtssozialisten anzudecken. In der Politik haben nur die Lebenden, nur diejenigen, die da sind und aufstehen, ein Recht. Wir dürfen nicht den Rechtssozialisten das Feld überlassen, damit sie ihr verhängnisvolles Werk der Verwirrung, der Irreführung, des Trugs und der Lüge auf internationalem Gebiet fortsetzen konnten. Wir gingen nicht nach Luzern, um mit den Rechtssozialisten zusammenzukommen, um uns mit ihnen auf ein schwächliches Programm zu einigen, um mit ihnen zur Zusammenarbeit um jeden Preis zu kommen. Wir hatten den Auftrag, den Klärungsprozess zu fördern, dahin zu wirken, daß die revolutionären Kräfte gewacht und zusammengeführt, daß alle opportunistischen Bestrebungen abgelehnt, daß vor dem Forum der Internationale die Rechtssozialisten als Verräter und Verderber der proletarischen Revolution gebremst werden. Wir hatten in Luzern zu erklären, daß die Unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands nicht einer Internationale angehören könnten, die die Rechtssozialisten in ihrer Mitte dulden würde.

Niemals konnten Delegierte einen klareren Auftrag erhalten und niemals konnten sie einen solchen Auftrag konsequenter erledigen, als es diesmal der Fall war. Um so mehr, als unsere Überzeugung mit dem uns gewordenen Auftrag vollkommen übereinstimmte. Wir stellten Anträge im Sinne unseres Auftrags und gaben entsprechende Erklärungen ab, wir ließen uns auf keine Kompromisspolitik ein, wir blieben fest, auch wenn wir mit unseren Forderungen nicht durchdringen konnten.

Zwei Hauptfragen standen zur Verhandlung: Der Entwurf für eine Reorganisation der Internationale und die allgemeine politische Lage. Der Statutenentwurf begann mit einer grundsätzlichen Einleitung. Wir forderten, daß in dieser Einleitung das Bekenntnis zum Klassenkampf klar zum Ausdruck kommen sollte, daß ferner die geschichtliche Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats als Mittel zur Verwirklichung von Sozialismus und Demokratie betont werden müßte, daß alle opportunistischen Bestrebungen abzulehnen wären und daß endlich auch das Rätesystem anzuerkennen sei. Es wurde versucht, diesen Forderungen Rechnung zu tragen. Das geschah aber nicht so eindeutig, daß wir uns damit zufrieden zu geben vermochten. Darum stimmten wir gegen den Statutenentwurf.

Den Beratungen über die allgemeine politische Lage lagen zwei Resolutionen zugrunde. Eine von Renaudel für die Kommissionsmehrheit und eine der radikalen Kommissionsminderheit, mit den Unterschriften: Cadin, Grossard, Longuet, Mitrail, Renault, Hülsberg, Crispin.

Die Resolution Renaudel lehnten wir in ihren grundsätzlichen Teilen als unbefriedigend ab. Die von uns mitgebrachte Resolution ist bereits in der Montagmorgenausgabe der „Freiheit“ wiedergegeben worden.

Da es uns nicht darum zu tun war, behilflich zu sein, Resolutionen solange umzuformulieren, bis sie allen annehmbar erschienen, so hielten wir, entgegen allen solchen Bemühungen, unsere Resolution aufrecht. Es mußte also über beide Resolutionen abgestimmt werden. Die Abstimmung erfolgte nach Delegationen. Für die von uns mitunterstützte Resolution stimmten neben uns Deutschösterreich, die französische radikale Mehrheit, von England Genosse Madonald, von Holland Genosse Troelstra, die russischen Sozialrevolutionäre, Lettland. Für die Resolution Renaudel stimmten von England Genosse Henderson, von Holland Genosse Blagen, die französische Minderheit, Schweden, Bulgarien, die russische Sozialdemokratie, Georgien, Ukraine, Dänemark, Estland, Italien. Von den deutschen Delegationen kamen wir zuerst an die Reihe. Nach uns kamen die Rechtssozialisten, die zur allgemeinen Überzeugung und Geistesfreiheit für beide Resolutionen stimmten! Besser als durch diese Haltung konnte die politische Charakterlosigkeit der deutschen Rechtssozialisten nicht festgestellt werden. Man beachte, daß in unserer Resolution die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat gefordert wird, daß Kompromisse mit den Bürgerlichen abgelehnt werden und daß aufgefordert wird, die russische Revolution zu verteidigen. Damit vergleiche man die rechtssozialistische Heiligensprechung der bürgerlichen Demokratie, die rechtssozialistisch-zentrierte Blockpolitik und ihre ganze Politik, die die Erdrosselung nicht nur der russischen, sondern auch der deutschen Revolution unterstützt. Trotzdem stimmten die Rechtssozialisten für diese Resolution! Und gleichzeitig auch für die von Renaudel, die neben verschiedenen Unklarheiten vieles enthält, was wir von sozialrevolutionären Standpunkten aus ablehnen müssen. Das versteht man nur dann, wenn man sich daran erinnert, daß es zum vornehmsten rechtssozialistischen politischen Grundsatz gehört, anders zu handeln als zu sprechen.

In Luzern haben wir den Trennungsstrich zwischen uns und den Rechtssozialisten scharf gezogen. Wir haben ihnen in wohl begründeter Weise die Eigenschaft einer sozialdemokratischen Partei abgeprochen und keinen Zweifel darüber gelassen, daß der nächste Internationale Kongreß, wenn unsere Partei seine Besichtigung beschließen sollte, von uns vor die Frage gestellt werden wird, sich für uns oder für die Rechtssozialisten zu entscheiden. Unter keinen Umständen mit den Rechtssozialisten in einer Internationale. Es ist daher ein kindisches Vergnügen, wenn der „Vorwärts“ einen Artikel des Herrn Schiff veröffentlicht, in dem gestagt wird: Wo bleibt unser Ausschluß? In diesem Artikel wird der Anschein erweckt, als wären wir der Meinung gewesen, in Luzern könnte über den Ausschluß der Rechtssozialisten aus der Internationale entschieden werden. In Wirklichkeit haben wir von vornherein auch öffentlich zum Ausdruck gebracht, daß die Luzerner Konferenz nur vorbereitende Arbeiten zu erledigen hat, daß entscheidende Beschlüsse erst vom Internationalen Kongreß gefaßt werden können. In diesem Sinne haben wir auch in Luzern gewirkt und ausdrücklich angeklagt, daß wir dem Kongreß entsprechende Anträge unterbreiten

werden. Es kennzeichnet die rechtssozialistische Taktik erneut, wenn der „Vorwärts“ und seine Mitarbeiter diese offenkundigen Tatsachen ignorieren.

In Luzern hat sich zweifellos eine weitere Annäherung der sozialistischen Richtungen und Parteien ergeben, die mit uns auf dem gleichen Boden des grundsätzlichen revolutionären Sozialismus stehen. Nach dieser Richtung werden wir unsere Bemühungen fortzusetzen haben. Wir werden auch volle Klarheit über das Wesen der Moskauer Internationale schreiben müssen mit dem Ziel: alle revolutionären Kräfte in einer Internationale zu vereinigen. Nur eine solche Internationale wird eine Macht sein.

Die Bedeutung der Frage der Internationale ist so groß, daß über die Stellung unserer Partei zu ihr nicht Instanzen entscheiden können, sondern daß hier die Masse der Parteigenossen zu sprechen hat. Die Frage der Internationale ist geradezu eine Lebensfrage für die proletarische Revolution und für den Sozialismus.

## Die Zuhälter der Konterrevolution.

Die konterrevolutionäre Offizierskamarilla hat die Regierung der Bauer, Erzberger und Noske vollständig in der Hand. Vier Tage sind seit unserer ersten Veröffentlichung über die Bildung einer konterrevolutionären Armee in Kurland verstrichen, und die sonst so sprachgewandten Organe der Regierung schweigen noch heute zu dem von uns gebrauchten Skandal. Die Werbebureauaus setzen unterdessen den Menschenhändler für die Konterrevolution munter fort. Das es sich dabei um einen großzügig durchdachten Plan handelt, geht auch aus der Tatsache hervor, daß neben der Anwerbung von Freiwilligen, die mit dem Schießprügel die Wiederherstellung der Monarchie in Russland und in Deutschland betreiben sollen, auch Kerze in großem Maßstab für das neue Heer angeworben werden. Der Verband der Ärzte Deutschlands hat sich in den Dienst dieser Gesellschaft gestellt. Er sucht in seinem Stellennachweis Militär- und Zivilärzte für das Ausland. Ein Arzt, der sich um eine solche Stellung bewarb, erhielt folgende Auskunft:

Für Russland: Herr Stobbsart, Dr. med. Schäffer, Chefarzt der Kreis-Äbt. v. Petersdorf, Leiter der Vorbereitungsstelle für Feldsanitätsformationen in Mitau, Kurland, Katharinenstr. 19, Feldpost 888 sucht mehrere jüngere Ärzte (Wundärzte, Oberärzte oder ehemalige Feld-Hilfs- und Unterärzte). Es können sich auch Militärärzte melden, welche dem mobilen Heilwesen in Russland Innern gewachsen sind, und genannte Stellen ausfüllen sollen. Und zwar werden Ärzte für alle ärztlichen Fächer gesucht. Die neu aufzustellenden Feldsanitätsformationen sind für die deutsch-russische Korpsgruppe Wirgallisch von der Kreis-Äbt. von Petersdorf bestimmt. Hauptbedingung ist Kenntnis der russischen Sprache, erwünscht auch Kenntnis der russischen Schrift. Solche Ärzte erhalten den Vorzug. Das Hilfspersonal incl. russisch und deutsch sprechenden Schwestern ist bereits vollständig. Anstellungsbedingungen, Gehalt 24 bis 30 M. täglich, bei freier Verpflegung. Außerdem wird bei Eintritt vor dem 1. Sept. 1910 und Dienstleistung bis zur Erreichung des Endweckes eine Prämie von 5000 M. gewährt.

Der Zweck ist folgender: Unter Einwirkung in die neu zu schaffende russische Staatsordnung mit Erteilung des entsprechend neuen Staatsbürgerrechtsausweises (alle deutschen Kruppen müssen nach dem Friedensvertrag befalliglich die baltischen Lande verlassen), gehen deutsche Freiwilligenangehörige, zusammen mit Baltien und Russen gegen den Volkswidmismus bis zu dessen Niederwerfung vor. (Admiral Kollschals Regentenpartei). Ist dies erreicht, wird die Prämie fällig. Außerdem wird der neuorganisierte russische Staat einem jeden Teilnehmer an dem Unternehmen weitgehende Konzessionen, Ausnahmen in Zivildienst, Siedlung usw. gewähren. Erstellen v. b. Goltz, sowie namhafte deutsche Führer nehmen teil. Urlaub nach vier Monaten 4 Wochen, bei Fortgang von Entlohnung und Verpflegung. Ausrichtung wird gegeben. Fürsorge nach russischem Gesetz, welches dem unsern ähnlich gestaltet ist. Meldungen sofort an Stobbsart Dr. med. Schäffer, Chefarzt der Kreis-Äbt. von Petersdorf, Leiter der Vorbereitungsstelle für Feldsanitätsformationen in Mitau, Kurland, Katharinenstr. 19, Feldpost 888, sowie bei uns.

Die in dem Schreiben angegebenen Vertragsbedingungen stimmen mit den Bedingungen überein, die das Detachement Graf Keller aufgestellt hat, dessen Tätigkeit wir bereits in dem Artikel „Der konterrevolutionäre Aufmarsch im Osten“ in der Sonnabend-Abendausgabe beleuchtet haben. Weiter wird in dem Schreiben angegeben, daß der Zweck der konterrevolutionären Armee die Wiederaufrichtung des zaristischen Regimes in Russland ist. Ganz offen wird ausgesprochen, daß die in Kurland befindlichen Freiwilligenverbände nicht gesonnen sind, das Land zu räumen, sondern daß sie vielmehr zusammen mit Baltien und Russen gegen den Volkswidmismus vorgehen werden, und daß auch General v. b. Goltz neben anderen maßgebenden Führern an dem Unternehmen teilnehmen wird. Der „Vorwärts“, der bislang versucht hat, die Vorgänge in Kurland totzuschweigen, sieht sich nunmehr gleichfalls gezwungen, dagegen Stellung zu nehmen. Er ermahnt die Regierung, gegen diese „politisch verdammenwerten und strafrechtlich unzulässigen Maßnahmen“ vorzugehen. Aber seine Aufforderung dürfte kaum mehr Erfolg haben, als die Warnungen, die wir an die Regierung bisher erachen ließen.

Zur weiteren Beleuchtung der gegenrevolutionären Pläne wollen wir noch die Tatsache hervorheben, daß auch die baltische Siedlungsgenossenschaft, Karlsbad 29, mit Hochdruck den Menschenhändler betreibt. Dort weilen Verbindungsbeamte der deutschen Eisernen Division in Kurland und werden tagtäglich Wamtskisten für die russische Armee an. Um die Deffektivität zu hintergehen, hängt am Eingang zu den Bureau der betreffenden Gesellschaft ein Zettel mit der Aufschrift: „Freiwillige werden nicht mehr eingestellt. Anwerbungen sind zwecklos.“ Trotzdem werden täglich Hunderte von Freiwilligen eingestellt. Das Menschenmaterial wird dem Werbebureau durch Agenten zugeführt, die sich auf den Bahnhöfen, vor den Arbeitsnachweisen und in den Verkehrslokalen der Soldaten herumtreiben. Vielfach werden die Soldaten auch direkt von den Reichsverbänden dorthin geschickt. Bei der

Anwerbung wird ein sehr strenger Maßstab angelegt. Während der Revolution auf Seiten der Arbeiterkassen stand, gilt als gezeichnet und wird in die monarchistische Ehrengarde der deutsch-russischen Konterrevolution nicht aufgenommen. Wer sich als brauchbar erweisen hat, wird zunächst nach Döberitz geschickt und der Erschließung v. Schaurath einberufen. Von dort aus werden die Mannschaften dann als Urlauber nach Mitau weitergeschickt. Erst am letzten Sonnabend ist wieder ein Transport, feldmariätmäßig ausgerüstet, abgegangen.

Daß sich das ganze Unternehmen nicht nur gegen Russland, sondern in seinen letzten Konsequenzen auch gegen den Bestand der deutschen Republik richtet, ist jedem Einsichtigen klar. Dadurch aber, daß die Regierung gegen das hochverräterische Treiben nicht einschreitet, sondern es wohlwollend duldet, macht sie sich zum Zuhälter der deutsch-russischen Konterrevolution.

## Der Antisemitismus in der Reichswehr.

H. L. V. meldet: In der Presse ist neuerdings verschiedentlich die Behauptung aufgetaucht, daß die Reichswehr, der antisemitischen Bewegung oder gar einer Pogrombewegung nahe stehe. Demgegenüber wird von maßgebender militärischer Stelle nachdrücklich betont, daß weder in der Reichswehr besondere antisemitische gestimmte Formationen vorhanden sind und gebildet werden, noch irgendeine antisemitische Werbetätigkeit gestattet ist. Die Reichswehr steht wie allen andern parteipolitischen Bewegungen auch der antisemitischen fern.

Diese Ablehnung hat etwa denselben Wert, wie die offiziöse Behauptung, daß es keine monarchistische Bestrebungen in der Reichswehr gebe. Auf die von der Presse gemeldeten zahlreichen Nachweise dafür, daß in der Reichswehr Pogrombewegung getrieben wird, geht das Dementi mit keinem Worte ein, weil sich Tatsachen nicht so leicht ableugnen lassen.

## Eine reaktionäre Tendenzmeldung.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Wien, 18. August.  
Die Wiener Drahtmeldung der „Sozial. Zeitung“ über Absichten des Unterstaatssekretärs Deutsch im Zusammenhang mit einer republikanischen Volkswehrumbauung ist eine durchsichtige Tendenzmeldung. Deutsch geriet nach wie vor das unbegrenzte Vertrauen des deutschösterreichischen Proletariats, wie gerade wieder aus einer maßvollen Kundgebung am 13. vor dem Wiener Parlament hervorging. Die selbst Bürgerwehr zugeben müssen, ist die Disziplinierung der proletarischen Volkswehr sein Werk. Die Kampagne gegen ihn geht auf das Bestreben der Reaktion zurück, die Volkswehr durch eine weiße Disziplinierung zu ersetzen.

## Das amerikanische Sonderfriedensproblem.

H. N. Haag, 18. August.  
Aus Washington wird gemeldet: In einem Brief an Senator Hitchcock sagt Wilson, daß von Gegenüberliegenden, Beibehalten oder Änderungen im Friedensabkommen nicht die Rede sein könne. Falls keine Ratifizierung erfolge, oder falls man auf einer Änderung bestehen sollte, würde Amerika mit Deutschland einen neuen Frieden schließen müssen, und da Deutschland verschiedene andere Mächte das Pariser Abkommen bereits ratifiziert haben, würde Amerika dadurch in eine sehr unangenehme Lage kommen. Auch der amerikanische Handel würde erheblich darunter leiden, & B. schon dadurch, daß Amerika keine Waren von Deutschland erhalten würde, während andere Staaten sie von Deutschland bekommen. Deutschland wäre imstande, diese Umstände zum Nachteil Amerikas ergiebig auszunutzen, ohne das Amerika dagegen etwas tun könnte. Daher verlangt Wilson die Ratifizierung des Friedensabkommens innerhalb 10 Tagen. Die Unklarheit über das Stimmverhältnis für und gegen die Ratifizierung ergibt sich dafür, daß dagegen, 25 unentschieden. Da eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, würden also fast alle Schwankenden ihre Vorbehalte aufgeben müssen.

## Ein neuer Landarbeiterstreik.

Aus Magdeburg wird den P. P. A. gemeldet: Der Streik Casse ist ein Landarbeiterstreik ausgebrochen. Die beteiligten Parteien verlangen die Landarbeiter einen Teuerungskzuschuß, der nicht bewilligt worden ist. Wegen dessen finden vor dem Tarifamt Einigungsverhandlungen statt. Es besteht Aussicht auf gütliche Verlegung des Streiks.

## Eisenbahnerstreik in Amerika.

Aus New York wird gemeldet: Sonntag morgen ist auf sämtlichen Linien der Interboro-Eisenbahn der allgemeine Streik beklundet worden. Auf allen Bahnen ruht der Betrieb.

## Aus der Partei.

In der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Halle (L. S. P.) vom 14. August wurde nach einem Referat des Genossen Schölem folgende Resolution angenommen:

Die außerordentlich zahlreich versammelten Mitglieder des Ortsvereins Halle der L. S. P. D. stellen fest, daß die Delegierten der Partei auf der Internationalen Konferenz in Luzern, wie bei der Zusammenkunft dieser Konferenz vorausgesehen war, keinerlei maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung des neuen Zusammenchlusses der im August 1914 zusammengebrochenen Internationale ausüben konnten. In Luzern ist eine Internationale der opportunistischen Gruppe, der sozialen Reformen, ein Zusammenschluß aller sozialpolitischen Parteien, also ein Widerspruch an sich, angestrebt worden. Für die L. S. P. D. die auf dem Boden des Rätesystems und der Diktatur des Proletariats steht, die nur den Weg der sozialen Revolution zur Verwirklichung des Sozialismus marschieren, darf ein weiteres Verhandeln mit dieser selben Internationale nicht in Frage kommen. Die Parteigenossen fordern deshalb die baldige Einberufung eines außerordentlichen Parteitagess, der sich mit der Frage des Anschlusses an die Moskauer Internationale befassen soll.

Wie aus den ausführlichen Berichten über die Luzerner Konferenz und vor allem aus dem heutigen Artikel des Genossen Crispin, eines unserer Delegierten in Luzern, ersichtlich ist, gibt die vorstehende Resolution von falschen Voraussetzungen aus. Es ist bedauerlich, daß in einer so wichtigen Frage ein Beschluß gefaßt werden konnte, ohne daß genaue Nachrichten über die Verhandlungen vorliegen.



